

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	437
		TOP:	17
	Verhandlung	Drucksache:	844/2017
		GZ:	JB,T
Sitzungstermin:	25.10.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Häbe / pö		
Betreff:	Fortschreibung Sanierungsprogramm Schulen		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 24.10.2017, öffentlich, Nr. 519

Ergebnis: Kenntnisnahme

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung und des Technischen Referats vom 10.10.2017, GR Drs 844/2017.

Mit Blick auf die Haushaltsplanberatungen äußert StR Körner (SPD) die Bitte, dass die Verwaltung darlegt, welche Rolle bei der Abarbeitung des vorgesehenen Programms die Haushaltsreste spielen. Im Haushaltsjahr 2016 habe der Gemeinderat Ermächtigungen in Höhe von insgesamt 125 Mio. € erteilt (50 Mio. € neue Ermächtigungen, 75 Mio. € Reste aus Vorjahren). Im Jahr 2017, so seine Rechnung, würden sich die Ermächtigungen auf 132 Mio. € belaufen (50 Mio. € neue Ermächtigungen, 82 Mio. € Reste). Weiter könne wohl davon ausgegangen werden, dass sich im Jahr 2018 Reste in Höhe von nahezu 100 Mio. € ergeben, und die Verwaltung schlage im Doppelhaushaltsplan-Entwurf 2018/2019 neue Ermächtigungen von jeweils 40 Mio. € vor. Er bitte die Verwaltung, dass bis zu den Haushaltsplanberatungen deutlich gemacht werde, dass das Angedachte auch realistisch sei und dass sich das Gewünschte, einschließlich der Reste, abarbeiten lasse. Es müsse doch ein stimmiger Haushaltsbeschluss gefasst werden, und gegenüber den Schulen müssten nachvollziehbare Ansagen erfolgen.

Laut BMin Fezer kann ein Volumen von 40 Mio. €/Jahr abgearbeitet werden. Zu der Fragestellung, die sie nachvollziehen könne, werde die Verwaltung den Gemeinderat informieren.

StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) erklärt, es sei ein politischer Skandal, dass politische Beschlüsse des Gemeinderats herunterkorrigiert werden müssten, da der Rat nicht die erforderlichen Stellen geschaffen habe. Die Verwaltung mache in der Vorlage den Hinweis, dass zusätzliche Themen wie das Paket "Digitalisierung der Schulen" bei den neuen Stellenschaffungen noch nicht berücksichtigt seien. Daraus leitet er die Frage ab, ob diese Dinge bereits bei den vorgeschlagenen Stellenschaffungen eingerechnet sind. Sollte dies nicht der Fall sein, sollte die Verwaltung erklären, welche Stellenbedarfe diese Themen erforderlich machten.

Die Digitalisierung der Schulen, so BMin Fezer, werde bei der Priorisierung der Sanierungsvorhaben berücksichtigt. Zusätzliche Stellen beim Hochbauamt wären notwendig, wenn das jährliche Volumen von 40 Mio. Euro erhöht würde.

BMin Fezer stellt abschließend fest:

Der Verwaltungsausschuss hat von der GRDRs 844/2017 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. BVinnen Mitte, Nord
BV West
 6. BezÄ Ca, Mühl
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. GPR (2)
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN